

15 Hinrichtung dreier uighurischer Separatisten in Xinjiang

Anfang Juli sind in Urumqi, der Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, drei uighurische Separatisten hingerichtet worden. Sie wurden vom Volksgerichtshof der Stadt wegen versuchter „Spaltung des Landes“ verurteilt und am selben Tag exekutiert.

Die drei waren für schuldig befunden worden, an der Gründung einer Hisbollah-Gruppe beteiligt gewesen zu sein, die sich separatistische Terrorakte auf ihre Fahnen geschrieben habe. Die Gruppe soll mindestens zwei Personen ermordet sowie mehrere Bombenanschläge geplant haben. Einer der Verurteilten war laut offiziellen Angaben im Herbst 1997 in Xi'an mit vier Tonnen Chemikalien gefasst worden, die als Ausgangsstoff für die Herstellung von Bomben hätten dienen sollen (Zhongguo Xinwen She, 7.7.00, nach SWB, 10.7.00; SCMP, 13.7.00).

Wie ein Kommentator der *Neuen Züricher Zeitung* bemerkt, würde die staatliche Führung in Beijing übermäßig betonen, dass es sich bei den Separatisten um Angehörige „reaktionärer muslimischer Organisationen“ handle. Auch wenn die meisten Militanten säkulare Motive verfolgten, würde der Aspekt muslimischen Fundamentalismus in den Vordergrund gestellt, vermutlich mit dem Ziel, latente antimuslimische Vorurteile im Westen zu schüren (NZZ, 13.7.00).

Erst im Juni waren fünf Separatisten hingerichtet worden, nachdem sie der Landesspaltung, des illegalen Waffenschmuggels und des Mordes für schuldig befunden worden waren (vgl. C.a., 2000/6, Ü 17). -hol-

16 Gewaltsame Proteste in Dürregebieten in Nordostchina

Im Verwaltungsbezirk der Stadt Anqiu in der nordöstlichen Provinz Shandong ist es im Juli zu Unruhen und gewaltsamen Ausschreitungen von Dorfbewohnern gegen die Regierung der Stadt gekommen (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China, 7.7.00; *Sing Tao Jih Pao*, 16.7.00, nach SWB, 19.7.00).

Anlass für die Unruhen soll die Ankündigung von Reparaturmaßnahmen an einem in den sechziger Jahren gebauten Staudamm gewesen sein, die bei den Bauern Befürchtungen aufkommen ließ, dass durch die Maßnahmen die ohnehin knappen Wasserressourcen des Gebiets noch weiter verknappert würden. Nach Angaben eines Sprechers der lokalen Propagandabehörde der Partei hätten sich die Bauern bisher des durch Risse in der Dammmauer aussickernden Wassers zur Bewässerung ihrer Felder bedient und die Reparaturmaßnahmen daher zu verhindern versucht. Nach einer anderen Darstellung wandten sich die Dorfbewohner gegen eine Einschränkung der Trinkwasserversorgung und eine Erhöhung der Wasserpreise.

Die Zahlenangaben über die an den Unruhen Beteiligten schwankten stark. Nach offizieller Auskunft sollen sich knapp 1.000 Dorfbewohner an den Protesten beteiligt haben, darunter einige „Hooligans“, die die gewaltsamen Ausschreitungen provoziert hätten. Nach Angaben des Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China seien über 5.000 Dorfbewohner mit 300 Sicherheitskräften zusammengestoßen; bei den Auseinandersetzungen seien über 100 Protestierende und über 40 Sicherheitskräfte verletzt worden; ein Polizist habe dabei tödliche Verletzungen davongetragen; 20 Personen seien festgenommen worden. Das Informationszentrum gibt weiter an, dass im Jahr 1998 in China landesweit 60.000 größere Demonstrationen verzeichnet worden seien. Im Jahr 1999 sei die Zahl auf 100.000 angestiegen (ebenda). -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

17 Verstärkte Förderung der Genforschung

Nachdem Ende Juni 2000 sechs Länder bekannt gegeben hatten, dass die Entzifferung des menschlichen GenCodes im Wesentlichen abgeschlossen sei, sonnt sich China als eines der sechs Länder - neben USA, Britanni-

en, Japan, Frankreich und Deutschland - in dem Erfolg, als einziges Entwicklungsland mit dabei gewesen zu sein. Am wichtigsten Forschungszentrum Chinas für Genforschung, dem Genetik-Institut der Akademie der Wissenschaften in Beijing, wurden die beteiligten Wissenschaftler, darunter der Leiter des Human Genome Project Prof. Yang Huanming und der Forscher Zhang Meng sowie eine Reihe weiterer Wissenschaftler in einer Feierstunde geehrt. China hat zwar nur ein Prozent des menschlichen Genoms entschlüsselt, doch die Bedeutung dieses einen Prozents ist laut Prof. Yang sehr groß. Die chinesischen Wissenschaftler beendeten ihre Arbeit an dem einen Prozent bereits vor dem Zeitplan im April dieses Jahres. (XNA, 1., 4.7.00)

Die Biotechnologie gilt in China neben der Informationstechnologie, der Weltraumforschung, neuen Energiequellen und neuen Materialien als eine der vielversprechendsten Zukunftstechnologien. Doch im Gegensatz zu den meisten anderen neuen Technologien hat China in der Biotechnologie eine durchaus eigenständige Entwicklung vorzuweisen. Auf diesem Gebiet, so erläuterte Prof. Yang, werde man nicht dem Beispiel der Informationstechnologie folgen, in der China nicht über die Schlüsseltechnologie verfüge und vom Ausland abhängig sei. Durch die Teilnahme am Human Genome Project habe China sein Wissen, seine Ressourcen und Techniken mit anderen Ländern geteilt. Zugleich habe es eine vollständige Technologie zur Gen-Sequenzierung aufgebaut und eine Gruppe hervorragender Forscher auf diesem Gebiet ausgebildet. Damit habe es seine Kapazität zur Sequenzierung des Genoms zur viertstärksten in der Welt nach derjenigen der USA, Britanniens und Japans ausgebaut. (Ebd.)

China fördert die Biotechnologie nicht nur zur Steigerung seines Ansehens als Wissenschaftsnation. Vielmehr hat die Gentechnik auch handfeste praktische Bedeutung, die für China vorrangig auf ernährungswissenschaftlichem Gebiet liegt. So wurden kürzlich zwei Projekte in Angriff genommen, die mit Nachdruck verfolgt werden sollen: auf pflanzlichem Gebiet die Züchtung einer Super-Reissorte,

auf tierischem Gebiet die Entschlüsselung des Schweinegenoms (Letzteres in Zusammenarbeit mit Dänemark mit dem Ziel, bessere Schweine zu züchten). (XNA, 4.7.00) Die Genforschung wird staatlicherseits besonders gefördert. Im September 1999 bewilligte das Wissenschaftsministerium 30 Millionen Yuan für die Arbeiten am internationalen Human Genome Project. Den Hauptanteil davon erhielt das Genetik-Institut der Akademie der Wissenschaften. Jetzt hat das Ministerium die Mittel noch einmal um 3 Millionen aufgestockt. Zusätzlich wird um in- und ausländische Investitionen in die Forschungsprojekte geworben. Besondere Aufmerksamkeit wird daneben der Ausbildung und Anwerbung von Wissenschaftlern gewidmet, die für die weiterführende Arbeit benötigt werden. Hier sind vor allem chinesische Fachleute willkommen, die im Ausland studiert haben. Derzeit arbeiten am Genetik-Institut 200 Leute, davon haben 70 bis 80 Prozent einen Hochschulabschluss, und ein Viertel hat ein Postgraduiertenstudium absolviert. Von den insgesamt zehn Forschungsprofessoren, die an dem Institut arbeiten, sind fünf aus dem Ausland zurückgekehrte Wissenschaftler. (XNA, 7.7.00)

Unterdessen beginnen sich in China auch Stimmen zu Wort zu melden, die vor den ethischen Folgen der Erforschung des menschlichen Genoms warnen. Keinesfalls dürfe die menschliche Genomtechnologie für Zwecke der Eugenik verwendet werden, sagte einer der führenden Fachleute für gesellschaftliche, ethische und rechtliche Probleme in Bezug auf das Human Genome Project. Er widersprach zugleich der Auffassung, dass Krankheiten und menschliches Verhalten generell auf die Gene zurückzuführen seien. Eine ganze Reihe von Krankheiten würde durch gesellschaftliche und Umweltfaktoren verursacht, d.h. vielfach sei der Einzelne für sein Verhalten und seine Krankheiten verantwortlich. Ähnlich äußerte sich Prof. Yang Huanming, der darauf aufmerksam machte, dass die Gesellschaft zur Zeit noch nicht auf die mit der schnellen Entwicklung des Human Genome Project verbundenen Implikationen auf den Gebieten der Psychologie und Ethik, des Rechtswesens und der internationalen Beziehungen vorbereitet sei.

(XNA, 9.7.00) Andere Wissenschaftler warnten davor, dass die Entzifferung des menschlichen Genoms von militanten Regimen für Kriegszwecke oder sogar Genozid missbraucht werden könnte. (XNA, 6.7.00) -st-

18 Hochschulzusammenschlüsse

Auch im Juli kam es wieder zur Gründung neuer Universitäten, die durch Zusammenlegung mehrerer bestehender Hochschulen entstanden. In Shandong schlossen sich die Shandong-Universität, die Medizinische Universität Shandong und die Technische Universität Shandong zur neuen Shandong-Universität mit Sitz in Jinan zusammen. Die neue Universität hat nunmehr über 35.000 Studenten und Dozenten. (XNA, 23.7.00)

In Zhengzhou, Provinz Henan, sind zwei Neugründungen zu verzeichnen. Aus der bisherigen Universität Zhengzhou, der Ingenieurhochschule Zhengzhou und der Medizinischen Hochschule Henan wurde die neue Universität Zhengzhou und aus der bisherigen Henan-Universität, der Pädagogischen Fachhochschule Kaifeng und der Medizinischen Fachhochschule Kaifeng die neue Henan-Universität gebildet. Die Erstere hat jetzt 29.000 Studenten im Grundstudium, 1.200 Postgraduierte, die Letztere 13.500 Studenten und 433 Postgraduierte. Beide Universitäten unterstehen der Provinzregierung Henan. (GMRB, 11.7.00, S.A3) Die Lokalisierung, d.h. Unterstellung unter die Zuständigkeit der Provinzen, gehört ebenfalls zu den Maßnahmen der Umstrukturierung der Hochschulen.

In Nanjing entstand die neue Wirtschaftsakademie Nanjing (*Nanjing jingji xueyuan*). Sie bestand bereits vorher unter gleichem Namen, hat nun aber die Jiangsuer Fachhochschule für Finanzwirtschaft und die Jiangsuer Kaderakademie für Wirtschaft und Management hinzubekommen. Sie untersteht der Provinz, und zwar wird sie entgegen dem Trend, alle tertiären Bildungseinrichtungen den Bildungsbehörden zu unterstellen, gemeinsam von der Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftsplanungsbehörde verwaltet. Der Grund ist, dass Jiangsu sich mit dieser Wirtschaftsakademie hoch-

qualifizierten Nachwuchs für Wirtschaftsmanagement heranziehen will. Die neue Akademie umfasst mehrere Fakultäten, von denen die wirtschaftswissenschaftliche die wichtigste ist. Es werden 19 Grund- und Fachstudiengänge angeboten, darunter auch Rechts- und Literaturwissenschaft. Die Provinzregierung plant zudem, innerhalb der nächsten zwei Jahre auf der Grundlage dieser Akademie eine Elitehochschule für Finanzwirtschaft (*Nanjing caijing daxue*) aufzubauen. Sie soll dann finanzwirtschaftlichen Nachwuchs in einer Größenordnung von 15.000 Studenten ausbilden. (GMRB, 1.7.00, S.A3) Das Beispiel zeigt, dass die Provinzen heute danach streben, eigene erstklassige Universitäten aufzubauen, die ihren Bedürfnissen entsprechen und nicht mehr mit den früheren Provinzuniversitäten zu vergleichen sind, die einen durchweg zweitklassigen Ruf hatten. -st-

19 Hochschulaufnahmeprüfungen

Wie in jedem Jahr fanden auch dieses Jahr die einheitlichen nationalen Aufnahmeprüfungen für die Hochschulen vom 7. bis 9. Juli statt. In diesem Jahr bewarben sich 3,885 Millionen um einen Studienplatz an einer regulären Universität oder Hochschule. Unter den Bewerbern waren 59 Prozent männlich, 41 Prozent weiblich. Der Anteil derjenigen, die die Prüfungen wiederholten, betrug 26 Prozent. Die Kandidaten kamen zu fast gleichen Teilen aus dem städtischen (*cheng zhen*) und ländlichen Raum. Der Anteil von Angehörigen nationaler Minderheiten belief sich auf 6,7 Prozent. Wie es heißt, sollen in diesem Jahr Bewerber aus den westlichen Landesteilen verstärkt berücksichtigt werden. Für geisteswissenschaftliche Studiengänge bewarben sich 32, für naturwissenschaftliche Studiengänge 62 Prozent. Auffallend ist der geringe Anteil von Absolventen von Fachmittelschulen, technischen und beruflichen Mittelschulen: Er betrug lediglich 5,1 Prozent. Dies zeigt, dass das chinesische Bildungssystem immer noch sehr wenig durchlässig ist. In diesem Jahr sollen mit 2,04 Millionen Neuzulassungen deutlich mehr Studenten aufgenommen werden als letztes Jahr.

1999 wurden 1,64 Millionen Kandidaten zugelassen; damit erhielten durchschnittlich 48 Prozent der Bewerber einen Studienplatz. In diesem Jahr erhöht sich die Quote auf durchschnittlich 52,5 Prozent, d.h. über die Hälfte der Bewerber kann studieren. (Vgl. GMRB, 7.7.00, S.A3)

Obwohl sich die Chancen, einen Studienplatz zu bekommen, in den vergangenen Jahren verbessert haben, sind die Bewerber nach wie vor hohem Konkurrenzdruck ausgesetzt. In den meisten Provinzen werden die Prüfungen nach dem traditionellen Schema „3+2“ abgehalten, d.h. in den Pflichtfächern Chinesisch, Mathematik und Fremdsprachen sowie in Chemie oder Politik und in Physik oder Geschichte. In vier Provinzen, nämlich in Shanxi, Jilin, Jiangsu und Zhejiang, wird das probeweise reformierte Schema „3+X“ angewendet; dies bedeutet, dass die Kandidaten sich neben den drei Pflichtfächern ein oder mehrere geistes- oder naturwissenschaftliche Prüfungsfächer auswählen dürfen. Abweichend davon legen die Bewerber in Guangdong - ebenfalls nach dem Schema „3+X“ - zusätzlich zu den Prüfungen in den drei Pflichtfächern Prüfungen in Allgemeinwissen, Politik, Physik, Geographie, Chemie, Biologie und Geschichte ab. Deshalb dauern die Prüfungen dort einen Tag länger. Als einzige Provinzeinheit praktiziert Shanghai das Schema „3+1“, dem zufolge Prüfungen in Chinesisch, Mathematik und Fremdsprachen sowie einem zusätzlichen Wahlfach stattfinden. (Vgl. GMRB, 6.7.00, S.A3) -st-

20 Kampf gegen illegale Schulgebühren

Seit Jahren führen die Bildungsbehörden einen Kampf gegen die Erhebung illegaler Schulgebühren, offensichtlich ohne nachhaltigen Erfolg, denn jüngst gab das Bildungsministerium erneut einen Erlass heraus, mit dem es die Erziehungsämter aller Ebenen aufforderte, die Arbeit zur Regelung der Schulgebühren entsprechend den Vorschriften zu intensivieren. Im Jahre 1997 hatte das Ministerium Vorschriften zur Unterbindung erhöhter Schulgebühren erlassen. Danach besteht an öffentlichen Schulen im Rahmen der Pflichtschulbildung Schulgeldfreiheit.

Lediglich für bestimmte Dinge wie Schulbücher, Papier, Schreibutensilien u.Ä. dürfen Gebühren erhoben werden. Viele Schulen verstoßen in zweifacher Hinsicht gegen diese Vorschriften. Zum einen kassieren sie überhöhte Gebühren für schulische Zwecke oder unter allen möglichen Vorwänden auch Gebühren für Dinge, die nichts mit dem Unterricht zu tun haben; zum anderen nehmen einige Schulen mit gutem Ruf hohes Schulgeld von Eltern, die ihre Kinder entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht auf die für sie zuständige Schule in Wohnnähe, sondern auf eine gute Schule ihrer Wahl schicken. Dies ist besonders in den großen Städten wie Beijing, Tianjin, Shanghai und Chongqing sowie in den Provinzhauptstädten üblich. Damit rechnen sich die Eltern bessere Chancen aus, dass ihr Kind die Hochschulaufnahmeprüfungen schafft. Die Schulen nutzen diese Situation aus und verlangen in solchen Fällen überhöhtes Schulgeld, das häufig als Spende deklariert wird.

In dem Erlass werden die Erziehungsämter aufgerufen, Maßnahmen gegen das unregelmäßige Kassieren von Schulgebühren zu unternehmen, die Aufsicht zu verstärken und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen; außerdem soll in den Großstädten dafür gesorgt werden, dass die freie Schulwahl innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre abgeschafft wird. Die Medien sind gehalten, illegale Schulgebühren aufzudecken. Die Erziehungsämter aller Ebenen sollen dafür sorgen, die Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Schulen zu verringern und die Qualität der Schulbildung anzuheben. (Vgl. RM-RB, GMRB, 20.7.00) Mit Angleichung der Niveauunterschiede wird sich das Problem der freien Schulwahl von selbst lösen. Dieses Ziel hat die Regierung seit geraumer Zeit im Auge; so müssen z.B. die Lehrer aller Schulstufen entsprechende Qualifikationsnachweise haben. Schwieriger ist es, dem Problem illegaler und zweckfremder Gebühren beizukommen, das häufig gerade in ärmeren Gegenden besteht. Dort sehen sich die Schulen vielfach vor große finanzielle Engpässe gestellt, weil die örtlichen Regierungen die fürs Bildungswesen bestimmten Gelder nicht selten anderweitig verwenden. Hier können nur

verschärfte Haushaltskontrollen oder - falls wirklich kein Geld für die Schulen vorhanden ist - staatliche Unterstützung Abhilfe schaffen. -st-

21 Ausbau des Schulwesens in Tibet

In Tibet, dem in schulischer Hinsicht rückständigsten Gebiet Chinas, hat der Ausbau des Schulwesens in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Auf Grund seiner Rückständigkeit hatte das nationale Ziel, bis Ende des Jahrhunderts, also bis Ende 2000, die neunjährige Schulpflicht im Wesentlichen einzuführen, für Tibet keine Gültigkeit. Stattdessen wurde hier angestrebt, bis zu diesem Zeitpunkt zu erreichen, dass jeder Kreis eine Mittelschule und jede Gemeinde eine Grundschule hat und 80 Prozent aller Kinder im Schulpflichtalter eingeschult werden. Dieses Ziel war Ende 1999 vorzeitig erreicht, denn bis dahin wurden bereits 83,4 Prozent der Kinder eingeschult. Heute gibt es in Tibet 820 Grundschulen und 3.033 Unterrichtsplätze, mehr als 110 allgemein bildende und berufliche Mittelschulen und vier Hochschulen. Immer mehr Lehrer haben die erforderliche Qualifikation: 67 Prozent der Grundschullehrer, 77 Prozent der Mittelschullehrer für die Unterstufe und 65 Prozent derjenigen für die Oberstufe können entsprechende Ausbildungsgänge vorweisen.

Von der neunjährigen Schulpflicht ist die Region allerdings noch weit entfernt. Bislang konnte in 28 Kreisen, in denen 44 Prozent der Bevölkerung Tibets lebt, die sechsjährige Schulpflicht eingeführt werden. Lediglich in der Stadt Lhasa (ohne die dazugehörigen Landkreise) ist die neunjährige Schulpflicht verwirklicht. Besondere Anstrengungen werden unternommen, jede Art von beruflicher Bildung zu fördern. Es wurde eine ganze Reihe von Fachmittelschulen sowie technischen und beruflichen Mittelschulen gegründet, und auch an allgemein bildenden Sekundarschulen werden berufsbildende Kurse angeboten. In ländlichen Gebieten werden Abendschulen und Alphabetisierungskurse organisiert, die dazu beitragen, das Bildungsniveau der Bauern und Hirten anzuheben. Zurzeit gibt es acht Kreise, in denen

das Analphabetentum unter jüngeren Leuten im Wesentlichen abgeschafft wurde. (Vgl. RMRB, 28.7.00, S.5) Damit liegt das Bildungsniveau in Tibet immer noch weit unter dem Landesdurchschnitt. -st-

22 Novellierung des Ehegesetzes

Gegenwärtig wird im Rechtsausschuss des Nationalen Volkskongresses über eine Novellierung des Ehegesetzes beraten. Allgemein wird das bestehende Ehegesetz als unzureichend bezeichnet und die Notwendigkeit gesehen, es der sich wandelnden gesellschaftlichen Realität anzupassen. Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten zwanzig Jahre haben teils neue, teils aber auch alte Probleme (wieder) aufleben lassen, die eine Bedrohung nicht nur der Familien, sondern auch der Stellung der Frau darstellen. Erscheinungen wie Bigamie, Konkubinen, häusliche Gewalt und Entziehung aus der Verantwortung der Sorge für die Alten sind heute alltäglich und zerstören zahllose Familien. Insbesondere in der südchinesischen Provinz Guangdong sind Nebenfrauen (*ba o er nai*) weit verbreitet. Der Guangdonger Frauenverband sieht sich einer Jahr für Jahr wachsenden Zahl klagender Ehefrauen gegenüber. Geschäftsleute, Manager, ja selbst Parteikader halten sich Nebenfrauen, die sie finanziell und mit materiellen Dingen wie Wohnung und sonstigen Konsumgütern unterstützen. Dies verstoße nicht nur gegen die sozialistische Moral, heißt es, sondern verderbe die gesellschaftliche Atmosphäre, führe zum Auseinanderbrechen der Familien, zu Mord und Selbstmord und beeinträchtige die Geburtenregelung. (Vgl. GMRB, 10.7.00, S.A2)

Angesichts dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass die Zahl der Ehescheidungen stetig steigt. Sie hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verdreifacht. Pro Jahr trennen sich rund 450.000 Paare einvernehmlich; hinzu kommen 700.000 Paare, deren Ehe durch Gerichtsurteil oder Vermittlung geschieden wird (XNA, 9.7.00; SCMP, 20.7.00). Das veraltete Scheidungsrecht ist diesen Gegebenheiten jedoch nicht gewachsen. Vor allem deswegen soll das Ehegesetz no-

velliert werden. Fragen wie Aufteilung des Vermögens, Unterhalt und Sorgerecht für die Kinder sind mit dem alten Gesetz nicht zu regeln. Die Meinungen gehen allerdings auseinander, wie das neue Scheidungsrecht zu gestalten ist. Beispielsweise ist umstritten, ob das Schuldprinzip eingeführt werden soll und in welcher Form die finanziellen Interessen der Frauen, für die sich insbesondere der Frauenverband stark macht, zu berücksichtigen seien. Nach dem derzeit gültigen Ehegesetz kann eine Ehe geschieden werden, wenn „die Gefühle definitiv zerbrochen sind“. Da für die Gerichte Gefühle schwer zu messen sind, soll dieser Passus ersetzt werden durch „Zerbrechen der ehelichen Beziehungen“. (GMRB, 9.7.00, S.A1) Außerdem enthält das alte Ehegesetz keine Bestimmungen gegen häusliche Gewalt; Fälle häuslicher Gewalt häuften sich aber zusehends, heißt es, laut Statistik komme sie in dreißig Prozent der Familien vor. Weitere Phänomene, die im alten Gesetz nicht vorkommen, sind die wachsende Kriminalität unter Jugendlichen aus geschiedenen Ehen, die sich laut Statistik auf vierzig Prozent belaufen soll, mangelnde Sorge für die Alten und Einmischung von Seiten der Kinder in die Freiheit eines Elternteils, wieder zu heiraten. Alle diese Probleme müssen im revidierten Ehegesetz berücksichtigt werden. (Vgl. GMRB, 10.7.00, S.A2)

Das Ehegesetz von 1950 gehörte zu den ersten Gesetzen, die die Volksrepublik nach ihrer Gründung erließ. Damals war das Wichtigste die Festschreibung der freien Partnerwahl und die Gleichberechtigung der Frau. 1980 wurde das Gesetz novelliert, um die sozialistischen Elemente zu minimieren und die Stellung der Frau weiter zu stärken. Zwei Jahrzehnte wirtschaftlicher Modernisierung und als Folge davon zunehmender Wohlstand und intensiver gesellschaftlicher Wandel haben auch dieses Gesetz obsolet werden lassen. Beide Gesetze gingen von stabilen Familien- und Ehebeziehungen aus. Heute erodieren diese Beziehungen auf Grund des Wiederauflebens alter Gewohnheiten, aber auch infolge der stärkeren Betonung des Individuums. Nicht mehr Rücksicht auf die Familie und deren Wünsche, auch nicht politische Zweckmäßigkeit ste-

hen im Vordergrund, sondern die Gefühle des/der Einzelnen. -st-

23 Streit um den Bau des neuen Nationaltheaters

Über den im Sommer 1999 gekürten Entwurf des französischen Architekten Paul Andreu für das neue Nationaltheater in Beijing, der von Anfang an in der chinesischen Öffentlichkeit nicht unumstritten war, wird in China seit Wochen heftig diskutiert. Der Entwurf sieht einen großen Komplex in Form einer Seifenblase aus Glas und Titan auf einem künstlichen See vor. Der Bau soll in der Nähe des Tiananmen-Platzes entstehen; mit den Ausschachtungsarbeiten wurde bereits im April dieses Jahres begonnen. Jetzt haben sich über 150 Wissenschaftler und Künstler in Eingaben an die Regierung gegen das Mammutvorhaben gewandt. Im Juni protestierten zuerst 49 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Ingenieurwissenschaften gegen den Bau, den sie vom wissenschaftlichen und architektonischen Standpunkt für fehl am Platze halten. Es sei ein zweit- oder drittklassiger Entwurf, heißt es in ihrer Eingabe; außerdem seien die Kosten (4,7 Mrd. Yuan RMB) viel zu hoch. Die Kosten allein für die Seifenblase betrügen 300 bis 400 Millionen Yuan, und für die Elektrizität seien 4 Millionen pro Monat zu veranschlagen. Ähnlich argumentieren 108 führende Architekten in einer Eingabe, die wenige Tage später das Bauministerium erreichte. Sowohl der Bau selbst als auch die Betriebskosten seien viel zu aufwendig. Auf Grund der Größe entstünden pro Tag Kosten in Höhe von 100.000 Yuan für die Klimaanlage. Der Bau gebe vor, modern und ein Hightech-Bau zu sein; damit sei er typisch für die Haltung im Westen, dass nämlich solche Bauten hohe Produktions- und Verbrauchskosten haben müssten und in hohem Maße die Umwelt belasten. Was China hingegen brauche, sei ein Entwurf, der Energie spare und die Umwelt schütze. Vor allem aber müsse es ein Bau sein, der zu der Umgebung passe, was bei diesem Entwurf nicht der Fall sei.

Während diese Argumente angesichts der immer noch enormen Energiever-

schwendung und Umweltverschmutzung in China eher unglaubwürdig wirken, scheinen andere von den Architekten vorgebrachte Einwände stichhaltiger zu sein. So führen sie u.a. ins Feld, dass es auf Grund der klimatischen Bedingungen in Beijing mit seinen Sand- und Staubstürmen, Schnee- und Regenfällen schwer sein werde, sie Seifenblase sauber zu halten. Außerdem werde es im Winter bei Frost nötig sein, das Wasser des künstlichen Sees abzulassen, und dann werde die Seifenblase wie ein großes Ei aussehen. (Vgl. SCMP, 29.6.00; IHT, 12.7.00) Der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, dass bei der Ablehnung des Entwurfs andere Motive eine Rolle spielen, nämlich nationale. Die chinesischen Architekten lehnen den Entwurf wohl in erster Linie ab, weil er von einem Ausländer stammt. Ungeachtet der Proteste gehen die Bauarbeiten jedoch wie geplant voran, und derzeit gibt es keine Anzeichen, dass die Pläne geändert würden. -st-

Außenwirtschaft

24 Lizenzen für ausländische Marktforschungsaktivitäten

Im Juli d.J. erhielten die ersten ausländischen Unternehmen vom Staatlichen Statistikamt die Genehmigung, Umfragen für die Marktforschung durchzuführen. Mit der Lizenzvergabe verfolgt die Regierung nach Angaben von Zhai Ligong, stellvertretender Direktor des Staatlichen Statistikamtes, verschiedene Ziele. So sollen die Aktivitäten im Zusammenhang mit sozialen Umfragen ausländischer Unternehmen standardisiert werden, um die nationale Sicherheit zu bewahren, die Interessen der Unternehmen zu schützen, die Marktforschungsumfragen durchführen, und der Regierung den Einfluss auf das Umfragemanagement sichern. Mit der Lizenz weisen ausländische Marktforschungsunternehmen ihre Qualifikation und Spezialisierung nach sowie die Notwendigkeit, Umfragen durchführen zu müssen. (SCMP, 28.7.00)

Obwohl der Bedarf an Marktuntersuchungen enorm groß ist, vermutet

das *Asian Wall Street Journal* in einem Artikel vom 28.7.00, dass die chinesische Regierung Angst vor Umfragen hat, die politisch sensible Themen berühren. Dies könnten z.B. Umfragen über das Vertrauen in die Regierung oder in die Wirtschaft sein oder die Untersuchung regionaler Schwächen durch Untersuchungen, die provinzüberschreitend sind. Die neuen Bestimmungen werden am 1. Oktober in Kraft treten. Die Marktforschungsunternehmen sollen alle zwei Monate eine detaillierte Liste ihrer Marktforschungsprojekte vorlegen und in Einzelfällen auch der Regierung Umfrageergebnisse offen legen.

Nach Einschätzung des *Asian Wall Street Journal* kann damit gerechnet werden, dass in der Realität die Bestimmungen wohl weniger restriktiv gehandhabt werden. So sei im August 1999 eine Bestimmung veröffentlicht worden, nach der die Marktforschungsunternehmen alle Fragen und Antworten der Regierung vorlegen müssten, bevor sie dem Kunden bekannt gemacht werden. Es war damals auch befürchtet worden, dass ausländische Marktforschungsunternehmen zu Gemeinschaftsprojekten mit regierungsnahen Stellen gezwungen werden könnten. Diese Entwicklung sei zwar nicht eingetreten, doch wären die Bestimmungen relativ wage formuliert und könnten jederzeit verschärft werden.

Der bisher nicht geregelte Bereich der online-Werbung soll nach Angaben der *China Daily* ebenfalls ein Lizenzsystem erhalten. Derzeit werden Bestimmungen von der State Administration of Industry and Commerce ausgearbeitet, die für die Zulassung und Kontrolle zuständig ist. (SCMP, 12.7.00)

Das schnell wachsende Volumen der Werbebranche macht China auch für ausländische Marktforschungsunternehmen sehr interessant. Nach einer Umfrage von ACNielsen Media International, die zu den 29 Unternehmen zählen, die bereits eine Lizenz von der Regierung erhalten haben, stieg der Werbeetat der Unternehmen im letzten Halbjahr um 44%. Der Hauptteil des Anstiegs entfiel auf chinesische Unternehmen, die mit Blick auf den anstehenden WTO-Beitritt und der zunehmenden Konkurrenz aus dem

Ausland ihre Werbeaktivitäten verstärkten. Die zehn Marken, auf die das höchste Werbevolumen entfiel, waren chinesischen Ursprungs; neun kamen aus dem pharmazeutischen Bereich. Beispielsweise wurde für Calciumtabletten der Marke *gai zhong gai* in den ersten Monaten ein Werbeetat von 98 Mio. US\$ aufgewandt. Ausländische Unternehmen haben zwar ihre Werbeetats nicht zurückgefahren, doch fielen sie auf Grund der hohen Werbeanstrengungen chinesischer Unternehmen in der letzten Zeit zurück. So zählten beispielsweise Pepsi, Coca-Cola, Mobilfunkgeräte von Nokia, Intel Computer und Crest Zahnpasta 1998 noch zu den Marken, auf die die höchsten Werbeetats entfallen waren. (AWSJ, 28.6.00) -schü-

25 Ausländische Brauereien ziehen sich aus dem Markt zurück

Der von Tsingtao Brewery angekündigte Kauf von zwei auslandsfinanzierten Brauereiunternehmen ist ein weiteres Signal für den Rückzug ausländischer Brauereien aus dem chinesischen Markt. Nach Angaben des stellvertretenden Unternehmensleiters Peng Zuoyi hatten beide auslandsfinanzierte Unternehmen Tsingtao um eine Übernahme gebeten. Da Tsingtao seinen Marktanteil weiter ausbauen will, ist die Übernahme für Ende August vereinbart worden. (SCMP, 8.7.00)

Eine der auslandsfinanzierten Brauereien soll Carlsberg sein, eine dänische Brauerei in Shanghai. Der Sprecher von Tsingtao, Zhang Ruixiang, kündigte Ende Juli an, dass beide Seiten bereit seien, einen Vertrag zu unterzeichnen. (AWSJ, 21.7.00) Das zweite Unternehmen soll Beijing Asia Shuanghesheng Five Star Brewery sein, dessen Mehrheit in Besitz des US-Unternehmens Asia Strategic Investment Management ist. (SCMP, 22.7.00)

Aus Sicht der Tsingtao-Brauerei, die die bekannteste Biermarke ist und einen Marktanteil von 4,5% besitzt, waren die Jahre 1994 bis 1998 am schwierigsten. Während dieser Zeit drängten rd. 50 ausländische Brauereien auf den chinesischen Markt. Der Marktanteil dieser Unternehmen liegt